

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juli 2007



Europa übt sich nun in der Championzucht

Das Streben nach freiem und unverfälschtem Wettbewerb wird unter der Rubrik „Ziele der Union“ im Reformvertrag der EU nicht mehr aufgeführt. Das hat der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy in einer bis zum Morgen dauernden Brüsseler Verhandlungsnacht durchgesetzt. Für die Rolle Europas in der Globalisierung, für die Verbraucher und für die Zukunft der Industrie ist das alles andere als eine frohe Botschaft. Wenn schon nicht einmal mehr das bloße „Streben“ nach freiem Wettbewerb zu den Zielen der europäischen Wirtschaftspolitik gehören soll: Was soll dann aus dem werden, was man einmal Wettbewerb nannte?

Das Hätscheln nationaler Champions – von der Energieversorgung bis zur Flugzeugindustrie – gehört seit Langem zum Wettbewerbsverständnis Frankreichs, das nicht erst seit heute seine nationale Größe an seinen Industrieparks misst. Der Merkantilismus – das unter dem Schlagwort „wirtschaftliche Vorsorge“ kaschierte Bemühen, eigene Industrien zu pflegen und den von außen kommenden Wettbewerb fernzuhalten – ist Teil des historischen Erbes der Franzosen, der bis heute lebendig geblieben ist. Doch es ist seit dem Beginn des Integrationsprozesses in Europa – beginnend mit den frühen Tagen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – Ziel europäischer Politik gewesen, solche Abschottungsstrategien zu unterbinden. „Europa“ sollte sich dem Wettbewerb öffnen, um dann auch auf Welthandelskonferenzen mit dem Anspruch auf offene Grenzen und freien Handel auftreten zu können.

In der Praxis ist dieses Programm – und keineswegs nur in Frankreich – immer wieder unterlaufen worden. Nun aber ist es das erste Mal, dass die Europäische Union eine Kehrtwendung andeutet: Man verzichtet – jedenfalls an protokollarisch hochrangiger Stelle – schon auf das „Streben“ nach freiem Wettbewerb. Man übt sich nun – ohne das Risiko eines Vertragsbruchs – in einer industriellen Variante der Championzucht.

Hans D. Barbier

Prognosen-Wettbewerb

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat die sogenannte Gemeinschaftsdiagnose (GD) neu vergeben. Bisher waren fünf Wirtschaftsforschungsinstitute für die halbjährlichen Gutachten verantwortlich: das Institut für Weltwirtschaft (IfW, Kiel), das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, Berlin), das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI, Essen), das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo, München).

Von den bisher beteiligten Instituten scheidet das DIW jetzt aus. Im Gegenzug wurden das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK, Düsseldorf), die Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF), das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO, Wien) und das ebenfalls dort beheimatete Institut für höhere Studien (IHS) in die Riege der Prognostiker aufgenommen. Das Herbstgutachten 2007 wird nun von insgesamt acht Instituten – vier der bisherigen und vier neuen – erarbeitet.

Die neue Zusammensetzung hat sich nach einer Ausschreibung ergeben, die auf Initiative von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos erfolgt ist. Durch regelmäßige Ausschreibung

der GD soll künftig der Wettbewerb zwischen Wirtschaftsforschern verstärkt werden. Das BMWi erhofft sich davon verlässlichere Prognosen und „einiges an Innovationspotenzial“. Um den Forschungsinstituten Planungssicherheit zu geben, werden die Aufträge für drei Jahre bzw. sechs Gutachten vergeben. Das BMWi lässt sich die externe Expertise auch in Zukunft jährlich rund 1,3 Millionen € kosten.

www.bmwi.de/

Rabattschlacht

Der Pkw-Handel in Deutschland leidet seit Jahresbeginn 2007 unter zweistelligen Absatzrückgängen. Grund ist neben der seit Januar höheren Mehrwertsteuer die Verunsicherung der Verbraucher durch die Diskussion um eine CO₂-abhängige Neuregelung der Kfz-Steuer. Mit Rabattangeboten versuchen die Autobauer, den Absatz anzukurbeln.

Im Monat Juni konnten Käufer von Neuwagen durchschnittlich 17 Prozent Rabatt aushandeln. Das können sowohl offene als auch verdeckte Rabatt-Aktionen sein, zum Beispiel Neuwagen, die nach Tageszulassungen preisgünstig abgegeben werden oder Tank- und Versicherungsgutscheine.

Besonders auffällig ist, dass im ersten Halbjahr mehr als ein Fünftel der rund 395 000 neu zugelassenen Pkw nicht

auf Privat- oder Gewerbetunden, sondern auf Autohändler zugelassen wurde. Das waren 10,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, die als „junge Gebrauchte“ verkauft werden sollen.

www.kfzbetrieb.de/

Riester-Rente

„Vater Staat“ unterstützt den Aufbau einer privaten Rente – zum Beispiel die Riester-Rente – mit Zuschüssen und Steuervorteilen. Im laufenden Jahr beträgt die Grundzulage zur Riester-Rente 114 €. Für jedes Kind gibt es jährlich weitere 138 €. Zusätzlich lassen sich bis zu 1 575 € als Sonderausgaben bei der Einkommensteuer absetzen.

Ab Januar 2008 wird die Grundzulage auf 154 € steigen, die Kinderzulage auf 185 € erhöht. Für jedes ab 2008 geborene Kind werden dann sogar 300 € pro Jahr auf das Riester-Konto überwiesen. Der mögliche Steuerabzug wird auf 2 100 € angehoben. Zusätzlich ist ein Sonderbonus für Berufseinsteiger geplant: Alle Förderberechtigten unter 21 Jahre werden bei Abschluss eines Riester-Vertrages eine einmalige Bonuszahlung von 100 € erhalten.

Seit der ersten Auszahlung im Jahr 2003 summieren sich die staatlichen Zulagen inzwischen auf 1,9 Milliarden € für 5,6 Millionen Riester-Verträge. Zurzeit haben rund 8,4 Millionen Bundesbürger einen Riester-Vertrag. Nicht alle Verträge sind zulagenberechtigt, und mancher hat vergessen, seine Zulage zu beantragen.

www.bmas.bund.de/

Auferstanden aus Ruinen

Die vor wenigen Wochen neu gegründete Partei „Die Linke“ stellt das marktwirtschaftliche System in Frage. Sie will auf lange Sicht einen „demokratischen Sozialismus“ einführen. Ihr Motto lautet „Freiheit durch Sozialismus“.

Der Volksmund behauptet: Totgesagte leben länger. Seit einigen Wochen feiert die Idee des Sozialismus fröhliche Urständ: Als hätte es den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten vor rund zwanzig Jahren nicht gegeben, stellt die am 17. Juni 2007 – ausgerechnet am 17. Juni, dem Jahrestag des Volksaufstandes gegen den Sozialismus in der DDR – gegründete Partei „Die Linke“ die Systemfrage. Sie bietet den Sozialismus als „Gegenentwurf zum herrschenden kapitalistischen System“ an.

Oskar Lafontaine, einer der beiden Vorsitzenden der Partei, hat in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Anfang Juli genauer dargelegt, wie „Freiheit durch Sozialismus“ erreicht werden soll. Zunächst hat er klargemacht, dass die neuen Sozialisten unter „demokratischem Sozialismus“ mehr als eine nationale Wirtschaftsordnung verstehen. Der Sozialismus, der ihnen vorschwebt, sei die „Weltgemeinschaft der Freien und Gleichen“. Ohne ihn namentlich aufzuführen, wird hier auf Franz Oppenheimer, den Doktorvater von Ludwig Erhard, Bezug genommen. Oppenheimer war ab 1919 Professor für Soziologie und ökonomische Theorie in Frankfurt am Main. Er sah in der Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen.

Oppenheimer glaubte aber nicht wie Karl Marx, dass

Klassenkämpfe durch Aufhebung des Eigentums zu brechen seien. Er wollte die Beseitigung monopolistischer Strukturen und die Entfaltung von wettbewerblicher Dynamik. Oppenheimer selbst nannte seine Ideen einen „liberalen Sozialismus“. Sein Ziel war eine „Gesellschaft der Freien und Gleichen“. Ludwig Erhard hat während seiner Frankfurter Studienjahre zwischen 1923 und 1925 entscheidende Anregungen für seine spätere Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft durch Franz Oppenheimer erhalten.

Liberaler Feigenblätter

Die neuen Sozialisten haben ein Faible für Ludwig Erhard und einige seiner neoliberalen Zeitgenossen. „Die Gefahr, die von der Konzentration des Kapitals in den Händen weniger ausgeht, sah niemand klarer als der Freiburger Ökonom Walter Eucken“, führt der Parteivorsitzende Lafontaine beispielsweise aus. Wirtschaftliche Machtgruppen müssten aufgelöst, Macht müsse begrenzt werden. Überhaupt sei die Kontrolle jeder Art von Wirtschaftsmacht ihr Kernanliegen. Interessanterweise sagt Lafontaine: „Markt und Wettbewerb führen nicht nur zu einer effizienten Wirtschaft, sondern ebenfalls zu Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen und damit zur Einschränkung wirt-

schaftlicher Macht“. Der bekannteste Mitstreiter von Ludwig Erhard, Franz Böhm, hätte es kaum besser formulieren können. Oder? Franz Böhm nannte den Wettbewerb kurz und bündig „das genialste Entmachtungsinstrument in der Geschichte“.

Genaueres Hinsehen offenbart jedoch: Die Ausführungen Lafontaines zur Machtkontrolle belegen, dass Eucken, Erhard und Co. zwar zitiert werden. Doch die so Vereinnahmten dienen in erster Linie als Feigenblätter. Ihre Aussagen werden aus sozialistischer Sicht uminterpretiert. Das zeigt sich besonders deutlich in den Äußerungen zum „starken Staat“.

Sozialismus und der starke Staat

Auch Böhm und Eucken forderten einst einen starken Staat. In ihrem Verständnis wurde er allerdings durch politischen Wettbewerb – Wahlen und Parteien – und entsprechende Institutionen, z.B. Gerichte, kontrolliert. Im starken Staat sozialistischer Prägung fehlen derartige Mechanismen der Machtkontrolle. Ein Staat ohne Kontrollmechanismen ist Instrument zur Machtausübung schlechthin. Sein Zugriff auf die Bürger kann, wie die leidvollen Erfahrungen im „real existierenden Sozialismus“ zeigen, willkürlich und lebensbedrohend sein. Nichts – weder privates



„Die Freiheit darf nicht zu einem Götzendienst werden, ohne Verantwortung, ohne Bindung, ohne Wurzel. Die Verbindung zwischen Freiheit und Verantwortung bedarf vielmehr der Ordnung.“

Ludwig Erhard

Eigentum noch Leib und Leben – war in diesen Systemen geschützt.

„Deregulierung und Privatisierung bewirken das Gegenteil von dem, was die neoliberalen Propheten versprechen“, sagt Lafontaine. Spätestens hier platzt die liberal-sozialistisch schillernde Seifenblase. Immerhin gehörten Franz Böhm und Walter Eucken als Begründer der „Freiburger Schule“ zum allereinsten Kreis der Neoliberalen. Ihre Erkenntnisse, die einige Zeilen vorher noch gelobt wurden, werden nun verworfen: Wie glaubhaft ist es, sie zu Zeugen der freiheitlichen Gesinnung des „demokratischen Sozialismus“ aufzurufen?

Altbekannte Lösungsvorschläge

„Für die neue Linke ist der Wettbewerb eine öffentlich-rechtliche Veranstaltung, die ein starker und unparteiischer Staat organisieren muss“. Das ist der Punkt, an dem sich Liberale und Sozialisten trennen. Die Liberalen wollen Wettbewerb über die Konstitution einer Wettbewerbsordnung. Der „sozialistische Wettbewerb“ soll jedoch durch Verstaatlichung und Vergesellschaftung organisiert werden. Insbesondere sollen Schlüsselbereiche der Wirtschaft der gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen werden. Nur so ließen sich Preissteigerungen und schamloses Abkassieren verhindern.

Als Beispiel für einen dieser Schlüsselbereiche dient die Strombranche: Ihre Marktmacht wird angeprangert; ihre „monopolartigen Strukturen“ sollen abgebaut werden. Die

Strombranche soll „rekommunalisiert“ werden. Dahinter steht das weit verbreitete und durch keine Erfahrung erhärtete Vorurteil, dass Macht in der Hand von Privaten zu schlechten, in der Hand des Staates aber zu guten Ergebnissen führt.

Die Verstaatlichung mit „demokratischer Kontrolle“ zu rechtfertigen ist absurd und stellt die zuvor herangezogenen freiheitlichen Begründungen auf den Kopf. In einer wettbewerblich organisierten Marktwirtschaft können Verbraucher den Anbieter wechseln, wenn ihnen der Preis zu hoch ist. Bei einem staatlichen Monopol ist solch ein Anbieterwechsel grundsätzlich ausgeschlossen. Hier muss vom Verbraucher abgenommen werden, was der Monopolist anbietet.

Mehr Freiheit durch mehr Staat?

Ob Wirtschaft, soziale Sicherheit oder Politik generell: Den Ausführungen Lafontaines zufolge soll der Staat in Zukunft alles zum Besten regeln. Das kann nur gelingen, wenn der Staat umfassende Kompetenzen erhält und die freie Entscheidung des Einzelnen zumindest beschränkt, wenn nicht völlig aufgehoben wird.

So zeigt sich, dass die Berufung der Sozialisten auf „Freiheit“ ein Täuschungsmanöver ist. Es geht um Macht, nicht um Freiheit. Jahrzehntlang hat der Sozialismus in zeitweise 70 Ländern der Welt seine Ideologie an Milliarden Menschen getestet. Die Ergebnisse sind bekannt: Sozialismus bedeutet Unfreiheit.

Andreas Schirmer

Der Neoliberalismus

In Vorahnung des kommenden Krieges trafen sich 1938 führende Liberale aus aller Welt in Paris. Im Zentrum ihrer Erörterungen stand das neu erschienene Buch „Die Gesellschaft freier Menschen“ von Walter Lippmann. Darin heißt es:

„In seinen Blütezeiten war der Liberalismus immer gleichbedeutend mit der Auflehnung gegen Unterdrückung und mit der Entschlossenheit, Aggression und Selbstsucht im Zaum zu halten. Darum ist der Liberalismus nicht die Doktrin des „laissez-faire“, des „komme, was da kommen mag“ und des „nach mir die Sintflut“. Er beabsichtigt nicht, die Polizei zu demobilisieren, die Gesetze zu widerrufen und die Parlamente und Gerichte abzuschaffen. Im Gegenteil, den wirklichen Liberalen lag es immer ganz besonders am Herzen, das Gesetz zu entwickeln, die Rechte und Pflichten abzugrenzen, die Verfassungen zu organisieren, alle Zwangsmittel in die Hand rechtmässig konstituierter Behörden zu legen und alle Arten individueller Mächte innerhalb des Gemeinwesens zu liquidieren oder doch zu reglementieren. Denn der Liberale ist im Gegensatz zum Anarchisten der Überzeugung, dass die Aufhebung aller Schranken noch nicht genügt, um einer Gesellschaft, die aus freiem Antrieb entstanden ist, die Freiheit zu geben. Er meint vielmehr, dass man damit lediglich einen Konkurrenzkampf heraufbeschwören würde, in dem die Unbarmherzigen alle anderen ausbeuten würden. Der Liberale besteht auf seiner Meinung, dass die Menschen erst dann frei leben, wenn das Gesetz stark genug ist, die Aggressoren dies- und jenseits der Grenzen im Zaum zu halten.“

„Wer an einen neuen Plan für die gesamte Gesellschaft denkt, der spricht die Sprache der Autorität, der geht an die Dinge mit der Voraussetzung heran, dass sie sich durch die autoritäre Lenkung gestalten und leiten ließen und dass die gesellschaftlichen Beziehungen sich nach einem Meisterplan, den ein oberster Architekt entwirft, fabrizieren ließen.

Der oberste Architekt beginnt als Visionär, wird Fanatiker und endet als Despot. Denn niemand kann der oberste Architekt einer Gesellschaft sein, ohne einen obersten Despoten zur Ausführung des Planes anzustellen. Wenn man sich also von der despotischen Gewalt von Menschen über Menschen befreien will, dann darf man sich nicht mit Zukunftspantastien abgeben, in denen man den Diktator der Zivilisation spielt. Das ist die schlechte Gewohnheit einer undisziplinierten Einbildungskraft. Der Schritt von der Phantasie zum Fanatismus ist nicht weit.“

Walter Lippmann, „Die Gesellschaft freier Menschen“, Verlag A. Francke AG; Bern 1945, Seiten 452 ff.



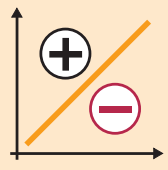
„Dass in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst irgendeine Organisation wissen kann, ist der entscheidende Grund, warum eine Marktwirtschaft mehr leistet als irgendeine andere Wirtschaftsform.“

Friedrich A. von Hayek

IM KLARTEXT

Juli 2007

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Juli 2007

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung **+** **-**

Im Zuge des aktuellen Aufschwungs steigt die Zahl der Erwerbstätigen seit rund einem Jahr kontinuierlich. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Juni 2007 rund 39,4 Millionen Erwerbstätige; im Juni 2006 wurden 300 000 weniger gezählt.

Allerdings wird die Freude getrübt: Im aktuellen Aufschwung sind trotz aller Arbeitsmarktreformen bisher weniger neue Arbeitsplätze entstanden als im letzten (1998 bis 2000). Während damals 1,3 Millionen neue Stellen geschaffen wurden, sind zwischen Ende 2004 und Frühsommer 2007 nur 500 000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Arbeitslose

1. Halbjahr 2007	
Januar	4 246 606
Februar	4 222 156
März	4 124 177
April	3 975 813
Mai	3 811 809
Juni	3 687 119

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

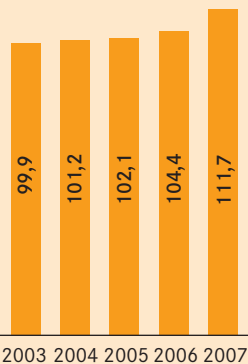
Geldwertstabilität **-**

Bauen wird spürbar teurer: Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat sind die Preise für den Neubau eines Wohnhauses im Mai 2007 um 7,8 Prozent gestiegen. Das ist die höchste Teuerungsrate seit fünfzehn Jahren.

Vor allem der Staat wirkt derzeit preistreibend: Neben der Mehrwertsteuer sind auch die Preise für Bauland aus Städte- oder Gemeindebesitz gestiegen. Mehrkosten müssen Bauherren allerdings auch für gestiegene Handwerker- und

Baukosten

Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden



Index für das Jahr 2000 = 100
Quelle: Statistisches Bundesamt

Materialpreise - Stahl, Glas und Holz - einkalkulieren.

Eigenverantwortung **-**

In den vergangenen Jahren hat der Bund sein Gebührenaufkommen stark erhöht. Im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums beispielsweise verdreifachte sich die Summe der eingenommenen Gebühren. Das gesamte Gebührenvolumen des Bundes stieg im Zeitraum 1998 bis 2006 um über 60 Prozent auf 1,25 Milliarden €.

Dem Staat scheint der Überblick über das Gebührenwesen seiner Behörden verloren gegangen. In der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage (BT-Drs. 16/4263) steht, dass eine „den Anspruch auf Vollständigkeit erhebende Beantwortung“ nicht möglich sei. Das Bundesministerium des Inneren beabsichtige, die gesamte „Gebührenfähigkeit und Gebührenpflicht öffentlicher Leistungen“ zu erfassen. Erkennen lässt sich schon jetzt, dass in den vergangenen Jahren deutlich mehr Gebühren angeho-

beschafft wurden: Lediglich fünf wurden seit 1998 ersatzlos gestrichen. Mehr als 50 Positionen dagegen umfasst die Liste der in diesem Zeitraum angehobenen oder neu eingeführten Gebühren.

Die Ursachen für den Gebührenzuwachs unterscheiden sich von Ressort zu Ressort. Beim Auswärtigen Amt sind höhere Pass- und Visa-Gebühren fällig geworden. Als kostensteigernd erweist sich auch das sogenannte Informationsfreiheitsgesetz, das Bürgern erlaubt, gegen Gebühren von bis zu 500 € Einsicht in amtliche Akten zu nehmen.

Gebühren

Einnahmen der Bundesministerien (BM) 2006, in Millionen €

BM Verkehr*	3 080,0
BM der Justiz	280,5
Auswärtiges Amt	77,2
BM Arbeit und Soziales	36,6
BM der Finanzen	35,4
BM Wirtschaft	17,6
BM Umwelt	6,9
BM des Inneren	0,4

* LKW-Maut
Quelle: Deutscher Bundestag, BT-Drs. 16/4263

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard